

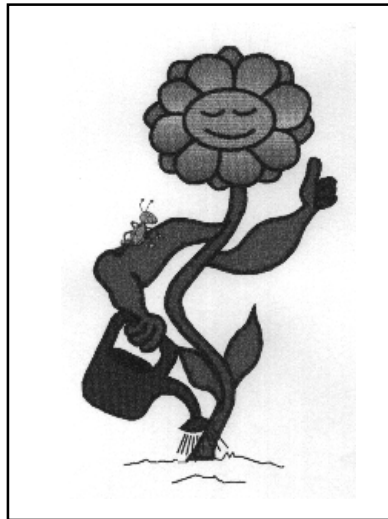
EDITORIAL

Verehrte Leser,

wir hoffen, Sie mit einer weiteren Ausgabe der Erziehungskiste erfreuen zu können. Schon in einigen Ausgaben der vergangenen Jahre haben wir die sozialen und auch die wirtschaftlichen Bedingungen in unserer Gesellschaft thematisiert und das weit verbreitete Jammern über die Situation in unserem Land kritisiert und zuweilen auch "auf die Schippe" genommen.

Der Umstand, daß das Jammern nicht aufhört, scheint darauf hinzudeuten, daß es dauerhafte Mißstände gibt, über die es sich zu jammern lohnt. Da haben wir uns gedacht, springen wir doch über unseren Schatten und jammern einmal so richtig mit.

Grund genug haben auch wir. Die Pleitewelle rollt ungebrochen über das Land, die kleineren Gewerbebetriebe trifft es besonders hart, und das sind gerade diejenigen, die, wenn sie aufgeben müssen, nicht nur keine Gewerbesteuer mehr an den kommunalen Haushalt schicken, sondern gleichsam, weil oft keine Versicherungsvorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit getroffen wurde, samt ihrer Familie zum Sozialhilfefall werden. Die Kommune hat in solchen Fällen eine doppelte Belastung zu tragen. Das Budget für öffentliche Aufgaben wie die Jugendhilfe wird demnach zunehmend eingeschränkt, und das merken die



Bürger und natürlich auch die Einrichtungen, die mit Angeboten der Jugendhilfe Arbeitsplätze geschaffen haben und erhalten wollen. Als überregionaler Anbieter können wir feststellen, daß sich die Strategien der verschiedenen Kreise und Kommunen, mit denen wir zusammen arbeiten, die geringer werdenden Haushaltsmittel dennoch für eine bedarfsgerechte Jugendhilfe zu verwenden, durchaus unterscheiden. In dem Ziel, qualitativ hochwertige Jugendhilfe zu leisten, sind sich (beinahe) alle Beteiligten einig, über den Weg dorthin kann und muß man im Einzelfall streiten. Tatsache ist aber, daß viele Jugendämter und noch mehr Einrichtungen der Jugendhilfe hier Federn lassen müssen.

Es ist derzeit nicht nur zu befürchten, sondern eher zu erwarten, daß sich diese Tendenz fortsetzt. Das Dilemma an dieser Situation ist, daß sich

nicht nur die mangelnde Prophylaxe der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Elternausbildung gerade deutlich erkennbar rächt, sondern daß gerade in der immer schwieriger werdenden finanziellen Situation der öffentlichen Träger der Jugendhilfe erst recht keine hinreichenden Mittel mehr für eine solide Prophylaxe mit Blick auf die kommenden Generationen zur Verfügung stehen.

Nach wie vor wird meistens die Strategie des Brandlöschens der des Brandverhinders vorgezogen. Der Staat versäumt es, sein wichtigstes Kapital, die Menschen, zu befähigen, das soziale Erbe unter schwieriger werdenden Bedingungen fortzutragen. Laßt uns endlich in die Schulen gehen und dort die kommenden Elterngenerationen in Kommunikation, Entwicklungspsychologie und Erziehung ausbilden, damit wir zumindest mittelfristig eine in der Breite erziehungskompetente Elterngeneration erleben werden. Das soziale Klima wird sich in der Folge dadurch mutmaßlich deutlich verbessern und der Kostendruck auf die Kommunen wird sich ebenso deutlich verringern.

Günther Erdmann
1. Vorsitzender